



152.15 Stadtparlament: Parlamentarische Vorstösse

Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate 2016**Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die nachstehenden parlamentarischen Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:
 - 13 Gemeindegrenzen: Ein alter Zopf
 - 20 Neustart Bahnhof Nord
2. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:
 - 2 Sanierung des Waaghauses; um zwei Jahre zu verlängern
 - 3 Wildnispark Goldacher Tobel; um ein Jahr zu verlängern
 - 5 Überprüfung Sondernutzungspläne: um zwei Jahre zu verlängern
 - 6 Ein Beitrag zur kombinierten Mobilität: Ein zeitgemässes Veloverleihsystem, auch in St.Gallen; um zwei Jahre zu verlängern
 - 7 Museumskonzept „3 Museen – 3 Häuser“; um vier Jahre zu verlängern
 - 11 Baukultur: Innovation ohne Reue; um ein Jahr zu verlängern
 - 12 Braucht St.Gallen vier Spitex-Organisationen?; um ein Jahr zu verlängern
 - 14 Ruckhalde ein Ort für autoarmes Wohnen; um zwei Jahre zu verlängern
 - 15 Existenziell notwendige und nachhaltige Energieversorgung der Stadt; um ein Jahr zu verlängern
 - 16 Platz schaffen für ein lebendiges St. Leonhard; um zwei Jahre zu verlängern
 - 17 Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan; um zwei Jahre zu verlängern
 - 18 Evaluation der Wirksamkeit der Videoüberwachung im öffentlichen Raum; um ein Jahr zu verlängern



a) Motionen

1 Ergänzung der Bauordnung

erheblich erklärt am 21. Februar 2012; Fälligkeit 30. Juni 2018

Der Stadtrat wird beauftragt, den Entwurf für eine Bauordnungsrevision vorzulegen mit dem Ziel, Massnahmen zur Energieeffizienz und zur Energieerzeugung bei Neubauten, Umbauten und Sanierungen verstärkt zu ermöglichen und zu fördern. Zu berücksichtigen sind dabei berechnigte nachbarliche Interessen, der Schutz des Altstadt- und Ortsbildes, eine gute gestalterische Einfügung sowie die übergeordnete Gesetzgebung.

Stellungnahme:

Die mit der Motion geforderten Massnahmen stehen in engem Zusammenhang mit der übergeordneten Gesetzgebung von Bund und Kanton im Energiebereich und im Bau- und Planungsrecht. Diese Gesetzgebung ist derzeit in verschiedener Hinsicht in Überprüfung und Revision. Dabei geht die Tendenz dahin, über den bisherigen Einbezug von Gebäudehüllen und Haustechnik hinaus die Thematik ganzheitlicher anzugehen und Aspekte wie Mobilität, Graue Energie, Lebenszykluskosten etc. mit zu berücksichtigen. Die Kantone haben im Januar 2015 neue Mustervorschriften für den Energiebereich verabschiedet, im Kanton St.Gallen wird die Umsetzung auf das Jahr 2019 vorbereitet. Im Wesentlichen geht es dabei um verschärfte Wärmeschutzanforderungen für Gebäude (Standard Minergie), um die Eigenstromerzeugung bei Neubauten, um den Anteil erneuerbarer Energie beim Heizkesselsatz, um die Sanierungspflicht bei Elektroheizungen sowie bei Elektrowarmwasserwärmern.

Im Rahmen dieser sich ständig weiter entwickelnden Massnahmen auf der Ebene von Bund und Kanton bleibt für die Gemeinden wenig Spielraum für eigene rechtliche Instrumente. Die ursprünglich der Motion zu Grunde liegenden Erleichterungen z.B. bezüglich Massvorschriften (Abstände, Gebäudevolumen) oder Gestaltungsvorschriften sind bereits heute in den geltenden Bestimmungen der Bauordnung (BO) wie auch des Kantonalen Baugesetzes enthalten. So können gemäss Art. 36 Abs. 3 BO für Anlagen zur Energieerzeugung Abweichungen von den Gestaltungsanforderungen von Dächern bewilligt werden. Nach Art. 77 lit. c des Kantonalen Baugesetzes sind Ausnahmegewilligungen von den Bauvorschriften möglich, wenn dadurch „eine den öffentlichen Interessen, namentlich den Anforderungen der Energiepolitik (...) besser entsprechende Überbauung erzielt werden kann“.

Zusammenhänge bestehen im Weiteren mit der Revision der Kantonalen Baugesetzgebung, welche im März 2016 vom Kantonsrat in erster Lesung beraten wurde und frühestens anfangs 2017 in Kraft treten könnte. Es ist offen, inwieweit ergänzend zu den übergeordneten und teilweise neuen Regelungen noch Raum für kommunale Lösungen bleibt. Klar ist aber, dass nach dem Erlass eines neuen Kantonalen Planungs- und Baugesetzes ohnehin eine Gesamtrevision der städtischen Bauordnung nötig sein wird. Für diesen Fall würde dannzumal beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Andernfalls wird der Stadtrat Bericht erstatten, wenn die Situation im übergeordneten Recht genügend klar ist.

Antrag:

-



2 Sanierung des Waaghauses

erheblich erklärt am 1. April 2014; Fälligkeit 1. April 2016

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Stadtparlament eine Vorlage zur Sanierung der dringlichsten Mängel des Waaghauses zu unterbreiten.

Stellungnahme:

Das vorhandene Projekt für eine Sanierung des Waaghauses ist vom Stadtrat aus finanziellen Überlegungen aus der Investitionsplanung gestrichen und dem Stadtparlament nicht unterbreitet worden. Derzeit wird der dringendste Unterhalt über die Laufende Rechnung vorgenommen, sodass auf absehbare Zeit das Gebäude in seinem Bestand gesichert und in der bisherigen Art genutzt werden kann. Unbefriedigend sind nach wie vor der nicht vorhandene hindernisfreie Zugang (ein Lift fehlt), der Zustand der Toiletten und die klimatische Situation.

Am 12. Januar 2016 ist vom Stadtparlament zudem das Postulat „Pfalz der Politik!“ erheblich erklärt worden, wonach geprüft werden muss, ob das Stadtparlament künftig im Kantonsratssaal des Regierungsgebäudes, statt wie heute im Waaghaus tagen könnte. Solange dieser Vorstoss nicht beantwortet und unklar ist, ob das Stadtparlament in den Kantonsratssaal umzieht, muss mit der Sanierung zugewartet werden. Es macht keinen Sinn, weiter Zeit und Geld für Planungen zu investieren. Dieses Postulat hat einen direkten Zusammenhang mit dem Postulat „Waaghaus und Taubenloch fürs Volk!“

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung der Motion um zwei Jahre zu verlängern.

b) Postulate

3 Wildnispark Goldacher Tobel

erheblich erklärt am 4. April 2000; Fälligkeit 30. Juni 2016

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

Stellungnahme:

Die Federführung und die Koordination dieser Schutzverordnung liegen beim Kanton. Während der öffentlichen Auflage des Entwurfs im Jahre 2011 gingen in den Gemeinden verschiedene Einsprachen ein. Nachdem sich im Rahmen der Einspracheverhandlungen und Koordinationsgespräche mit den beteiligten Gemeinden gezeigt hat, dass aufgrund von unterschiedlichen Interessen und Beurteilungen ein baldiges, gemeinsames Vorgehen und eine inhaltlich abgestimmte Beschlussfassung über die Einsprachen und über die Verordnung kaum erreichbar sind, hat die Direktion Bau und Planung eine auf das St. Galler Stadtgebiet beschränkte Schutzverordnung ausgearbeitet. Diese hätte ursprünglich noch 2015 dem Stadtrat zur Einleitung des Verfahrens vorgelegt werden sollen. Da die zur Vorprüfung beigezogenen kantonalen Fachstellen aber mehr Zeit benötigten als angenommen, verzögert sich das Verfahren um einige Monate.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.



4 Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz
erheblich erklärt am 23. September 2008; Fälligkeit 30. Juni 2018

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie sich der Platz um den Broderbrunnen attraktiver gestalten lässt. Besonderes Augenmerk soll dabei auf mehr Grünfläche und eine sickerfähige Bodenbeschaffenheit gelegt werden.

Stellungnahme:

Das Platzprojekt wird inhaltlich mit der Aufwertung und Neugestaltung der St.Leonhard-Strasse abgestimmt und terminlich koordiniert.

Vor kurzem wurde die Planung für das Betriebs- und Gestaltungskonzepts (BGK) für die St.Leonhard-Strasse, Bereich Kornhausstrasse bis Poststrasse, gestartet: Es befindet sich in der Phase des Variantenstudiums. Die gestalterischen stadträumlichen Aspekte werden durch ein externes Planerteam bearbeitet. Das Variantenstudium wird im Sommer 2016 abgeschlossen sein. Möglicherweise sind Projektanpassungen – sei dies geometrischer und gestalterischer Art – am Projekt Broderbrunnen notwendig.

Antrag:

-

5 Überprüfung Sondernutzungspläne
erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 30. Juni 2016

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, inwieweit die vor 1980 erlassenen Sondernutzungspläne noch gerechtfertigt sind oder aber geändert oder aufgehoben werden sollen. Zu prüfen ist im Besonderen, ob die Sondernutzungspläne tatsächlich realisiert worden sind und das Ausmass der Abweichungen von der Regelbauweise nach gültiger Bauordnung, das zugrundeliegende städtebauliche oder architektonische Konzept oder andere Planinhalte (z.B. bezüglich Erschliessung) nach wie vor eine besondere Regelung erfordern. Andernfalls sollte der Plan aufgehoben oder an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

Stellungnahme:

Eine Vorprüfung der rund 300 betroffenen Sondernutzungspläne konnte Ende 2015 abgeschlossen werden. Bereits heute ist klar, dass die überwiegende Mehrheit der Sondernutzungspläne aus verschiedenen Gründen nicht aufgehoben werden kann. Nicht alle konnten abschliessend vorbeurteilt werden. Gewisse Sondernutzungspläne benötigen weitere Abklärungen wie bspw. eine Begehung vor Ort, ein vertieftes Studium der Planunterlagen und eine darauf folgende Detailprüfung.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um zwei Jahre zu verlängern.



6 Ein Beitrag zur kombinierten Mobilität: Ein zeitgemässes Veloverleihsystem, auch in St.Gallen

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 30. Juni 2016

Der Stadtrat wird eingeladen, abzuklären, welche der sich in anderen Städten bewährenden Veloverleihmodelle (allenfalls modifiziert) für St.Galler Verhältnisse am vielversprechendsten erscheinen, und einen modularen Realisierungsvorschlag mit Etappierungsvarianten zu erarbeiten.

Stellungnahme:

Die Auslegeordnung der möglichen Veloverleihsysteme soll aufgrund der Erfahrungen anderer Städte weiter vertieft werden. Der Fokus richtet sich auf die Städte Zürich und Bern. Zürich hatte das Veloverleihsystem im Oktober 2014 öffentlich ausgeschrieben. Gesucht wurde ein Gesamtdienstleister, der die Stationen ab Juli 2015 aufbaut. Ab Juni 2016 soll der Betrieb für vorerst fünf Jahre starten. In Bern wurde ebenfalls eine Ausschreibung vorgenommen. Das neue Netz wird im Frühjahr 2017 bereit stehen. Die Erfahrungen aus den beiden Pilotprojekten mit dem Betrieb von Veloverleihsystemen sollen der Stadt St.Gallen als Grundlage für das weitere Vorgehen dienen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um zwei Jahre zu verlängern.

7 Museumskonzept „3 Museen – 3 Häuser“

erheblich erklärt am 16. Februar 2010; Fälligkeit 1. Juli 2016

Wir bitten den Stadtrat, ein Museumskonzept als Grundlage für weitere politische Entscheidungen zu erarbeiten, welches die folgenden Punkte mit einbezieht:

Wie sollen sich die Museen in Zukunft positionieren und wie sehen die Betriebskonzepte aus - mit klaren inhaltlichen Aussagen?

Mit welchen Investitionen rechnet der Stadtrat für den Neubau des Naturmuseums und den Umbau der drei bestehenden Häuser Kunklerbau, Völkerkundemuseum und Kirchhoferhaus?

Mit welchen Folgekosten für Unterhalt, Reparaturen und Hauswartkosten ist zu rechnen nach Realisierung sämtlicher Investitionen für die drei Häuser?

Welche finanziellen Mittel müssen in Zukunft für den Betrieb der Museen, die Pflege der Sammlungen und für zeitgemässe Ausstellungen für alle drei Häuser zusammen aufgewendet werden - inkl. finanzieller Verflechtungen zwischen Stiftung und Kunstverein (konsolidierte Darstellung)?

Mit welchen zusätzlichen Personalkosten ist zu rechnen?

Welche Strategie würde der Stadtrat verfolgen, sollten die Kosten die finanziellen Möglichkeiten der Stadt überschreiten?

Stellungnahme:

Die Strategie „ 3 Museen – 3 Häuser“ sieht einen Neubau für das Naturmuseum beim Botanischen Garten, den Umbau des Kunklerbaus sowie die Sanierung des Kirchhoferhauses zur alleinigen Nutzung durch das Kunstmuseum und die Sanierung des Historischen und Völkerkundemuseums vor.



Die Sanierung des Historischen und Völkerkundemuseums ist abgeschlossen. Die anderen Projekte befinden sich in ganz unterschiedlichen Planungs- und Realisierungsphasen, es können deshalb nicht zu allen Projekten präzise Zahlen genannt werden. Im Rahmen der Vorlage „Subventionserhöhungen für das Naturmuseum und das Kunstmuseum für 2016 ff.“ wurde der Stand Sommer 2015 aller drei Museen dargelegt. Die Investitions- und Betriebskosten für das „neue“ Kunstmuseum können erst im Rahmen der Projektierung des Umbaus des Kunstmuseums und der Erneuerung des Kirchhoferhauses präzisiert werden.

Die aktuelle Investitionsplanung des Hochbauamts sieht die Projektierung der Erneuerung des Kunstmuseums in den Jahren 2019 bis 2020 vor. Der Projektierungskredit wird dem Parlament voraussichtlich im Jahre 2019 vorgelegt. Es ist vorgesehen, das Postulat zusammen mit dem Baukredit Umbau Kunstmuseum und Erneuerung Kirchhoferhaus abzuschreiben.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um vier Jahre zu verlängern.

8 Die Stadt als Aktionärin: Strategie, Vertretungen und Reporting

erheblich erklärt am 22. Februar 2011; Fälligkeit 30. Juni 2016

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, wie er dem Parlament die Geschäftsberichte der wichtigsten städtischen Beteiligungen zugänglich machen kann und ob und in welchem Sinne Änderungen bei den vom Stadtparlament zu wählenden Abordnungen angezeigt sind.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht Nr. 4066 vom 8. März 2016 wird den Mitgliedern des Stadtparlaments vorgelegt.

Antrag:

-

9 Mehr Grün für alle: Separate Lichtsignale für VelofahrerInnen?

erheblich erklärt am 14. Juni 2011; Fälligkeit 30. Juni 2017

Der Stadtrat wird eingeladen, eine Optimierung des Systems von Velo-Lichtsignalanlagen für Knoten im Innenstadtbereich (Leonhardsbrücke bis Brühltor) sowie an den verkehrsreichen Hauptachsen (Zürcher Strasse, Fürstenlandstrasse, Rorschacher Strasse und Langgasse) hinsichtlich einer markant erhöhten Sicherheit und verkürzten Fahrzeit zu prüfen und Bericht zu erstatten.

Stellungnahme:

Das städtische und das kantonale Tiefbauamt haben die rechtlichen und technischen Möglichkeiten für unkonventionelle Lösungen wie „Rundumgrün“ und „Velo-Rechtsabbiegen bei Rot“ untersucht, mit dem Ergebnis, dass die rechtlichen Voraussetzungen im aktuellen Strassenverkehrsgesetz noch nicht vorhanden sind. In Basel wurde 2013/2014 mit Genehmigung des Bundes ein „Velo-Rechtsabbiegen bei Rot“ als Versuch getestet. Basel hat aufgrund der Erkenntnisse beim Bund beantragt, den



Pilotversuch auszudehnen und eine Änderung des Schweizerischen Strassenverkehrsgesetzes zu prüfen, die es ermöglichen soll, das Rechtsabbiegen bei Rot für Velos einzuführen. Basierend auf den dannzumaligen Erkenntnissen resp. allfälligen Anpassungen des Strassenverkehrsgesetzes sind die Lichtsignale in St. Gallen situativ auf solche Massnahmen zu überprüfen.

Im Rahmen der laufenden Überprüfungen und Optimierungen der Lichtsignalanlagen (LSA) berücksichtigen Stadt und Kanton alle Verkehrsteilnehmenden entsprechend den individuellen Bedürfnissen des Verkehrsknotens. So fliessen bei den Anpassungen der Ampelanlagen oder der Phasenausbildung auch die Anliegen der Velofahrenden ein. Zusammen mit dem Agglomerationsprogramm der 3. Generation (2019 - 2022) ist ein Massnahmenpaket zur Optimierung der Lichtsignalanlagen für den Fuss- und Veloverkehr vorgesehen.

Antrag:

-

10 Historische Klostermauern: Durchblickendes St.Gallen

erheblich erklärt am 21. Februar 2012; Fälligkeit 30. Juni 2016

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und wie die historischen Funde auf dem Gallusplatz offengelegt und durch bauliche und beleuchtungstechnische Massnahmen ansprechend in das Altstadtbild eingebettet werden können, so dass einerseits ein städtebaulicher Mehrwert entsteht, andererseits aber auch die Bedeutung der Ausgrabungen und die damit verbundenen Erkenntnisse den Besucherinnen und Besuchern des Klosterviertels nähergebracht werden können.

Stellungnahme:

Es ist vorgesehen, das Postulat innerhalb der Frist bis 30. Juni 2016 zu beantworten.

Antrag:

-

11 Baukultur: Innovation ohne Reue

erheblich erklärt am 21. Mai 2013; Fälligkeit 30. Juni 2016

Der Stadtrat wird ersucht, dem Stadtparlament einen Bericht über die städtische Denkmalpflege und deren Position innerhalb einer vorausschauenden, ganzheitlichen Stadtplanung (Strategie, Ziele, Verfahren, Möglichkeiten, Sanktionen) vorzulegen und gegebenenfalls Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

Die Beantwortung dieses Postulats steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der vorgesehenen Gesamtrevision des Kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG). Im Entwurf sind umfassende neue Regelungen des Schutzes von Kultur- und Naturobjekten von lokaler und kantonaler Bedeutung sowie zusätzliche Bestimmungen über die Archäologie vorgesehen. In diesem Zusammenhang wird im Anschluss an die neue Gesetzgebung des Kantons auch eine Gesamtrevision der Bauordnung einschliesslich der Bestimmungen über die Denkmalpflege notwendig sein.



Der Kanton hat per 1. Januar 2016 eine Verordnung in Kraft gesetzt, die die Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden betreffend Beitragsleistungen an die Renovation von Schutzobjekten neu regelt. Auf dem Stadtgebiet könnte neben der städtischen auch die kantonale Denkmalpflege auftreten. Dies führt unter Umständen zu umständlichen Entscheidfindungsprozessen. Deshalb hat das Stadtplanungsamt mit dem Amt für Kultur des Kantons für 2016 eine Zusammenarbeitsvereinbarung ausgearbeitet, welche die Zuständigkeit der städtischen Denkmalpflege bis zur definitiven Aufgabenzuordnung regeln soll. Derzeit ist vieles unklar. Beispielsweise muss vorerst eine Zuweisung der Inventare in kantonale oder kommunale Schutzobjekte stattfinden. Nebenher müssen die Beitragsleistungen der Stadt an denkmalgeschützte Bauten und die Aufgaben der städtischen und kantonalen Denkmalpflege für die Jahre nach 2016 neu festgelegt und verteilt werden.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung um ein Jahr zu verlängern.

12 Braucht St.Gallen vier Spitex-Organisationen?

erheblich erklärt am 21. Mai 2013; 30. Juni 2016

Der Stadtrat wird ersucht, aus den genannten qualitativen und finanziellen Überlegungen dem Parlament in einem Bericht darzulegen, wie er die Zukunft der vier städtischen Spitex-Organisationen beurteilt und allenfalls einen Vorschlag für die Organisation in Form einer einzigen „Spitex St.Gallen“ zu unterbreiten.

Stellungnahme:

Die Arbeiten am Postulatsbericht sind weit fortgeschritten. Es wird im 2. Quartal 2016 eine verwaltungsexterne Vernehmlassung durchgeführt. Anschliessend, voraussichtlich noch in diesem Jahr, wird der Bericht dem Parlament vorgelegt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist um ein Jahr zu verlängern.

13 Gemeindegrenzen: Ein alter Zopf

erheblich erklärt am 24. September 2013; Fälligkeit 30. Juni 2016

Wir bitten den Stadtrat, zu prüfen und Bericht zu erstatten,
in welchen funktionellen Räumen eine engere Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden sinnvoll ist, und
in welchen Bereichen es Synergien gibt, welche eine engere Zusammenarbeit sinnvoll machen, und
welche Vor- und Nachteile sich für die einzelnen Gemeinden aus einer Vereinigung ergeben und was die Konsequenzen daraus sind,
und Antrag zu stellen, ob und mit welchen Gemeinden ein Vereinigungsverfahren eingeleitet werden soll.

Stellungnahme:

Das Postulat beauftragt den Stadtrat mit der Prüfung, in welchen Bereichen eine „engere Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden“ sinnvoll ist bzw. wo Synergien beste-



hen, welche eine engere Zusammenarbeit nahelegen. Es sollen die Vor- und Nachteile für die einzelnen Gemeinden aus einer Gemeindevereinigung dargestellt werden und es soll Antrag gestellt werden, ob und mit welchen Gemeinden ein Vereinigungsverfahren eingeleitet werden soll.

Die Stadt St.Gallen arbeitet seit Jahren mit vielen Gemeinden der Region in verschiedenen Bereichen eng und erfolgreich zusammen (z.B. Ver- und Entsorgung, Feuerwehr, KESB, Zivilstandsamt). Der Stadtrat wird selbstverständlich Möglichkeiten zur Zusammenarbeit auch künftig prüfen, wo sie sich als sinnvoll und erfolgversprechend erweisen und wo die Bereitschaft von möglichen Partnergemeinden besteht. Beispiele aus jüngerer Zeit für eine enge Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus sind etwa die Siedlungsentwicklung „St.Gallen West / Gossau Ost“ oder die Teilnahme an verschiedenen Projekten zum Thema Landschaft im Rahmen der Erarbeitung des Agglomerationsprogramms 3. Generation innerhalb der Region Appenzell AR – St.Gallen – Bodensee. Der Stadtrat trifft sich mit den Exekutiven der benachbarten Gemeinden Gaiserwald, Gossau und Wittenbach auch zu regelmässigen Gesprächen. Von dieser Seite ist klar signalisiert worden, dass zwar die Bereitschaft zu punktuellen Kooperationen, nicht aber zu Fusionen bestehe. Eine verstärkte Kooperation in dem Sinne, dass Gemeinden Aufgaben bspw. an einen (Mehrzweck-) Gemeindeverband MZGV auslagern, erweist sich – so auch der Schlussbericht der Projektsteuerung zum Projekt „Starke Stadtregion Luzern“ vom 25. Februar 2011 – „als kompliziert und letztlich ineffizient, weil Doppelstrukturen – auf Gemeinde- und Verbandsebene – geschaffen werden. Langfristig führt der MZGV auch dazu, dass die einzelnen Gemeinden ausgehöhlt werden und nur noch der Form halber bestehen. Je mehr Aufgaben an den MZGV delegiert werden, desto weniger Bedeutung haben die Gemeinden“ (Schlussbericht S. 111). Diese Beurteilung kann 1:1 auch auf die st.gallischen Verhältnisse übertragen werden. Mit einem Gemeindeverband nach St.Galler Recht würde eine neue politische Ebene geschaffen, indem die einzelnen Gemeinden mit ihren Strukturen de iure zwar beibehalten werden, der Verband, an den Gemeindeaufgaben ausgelagert werden, neu aber eigene Rechtspersönlichkeit sowie eine eigene Bürgerversammlung oder ein Parlament erhält. Bestrebungen in diese Richtung gibt es kantonsweit keine. Der Gemeindeverband nach st.gallischem Recht ist denn auch bis heute toter Buchstabe geblieben.

Sinnvoller wäre grundsätzlich eine Fusion von Gemeinden, die es ermöglichen könnte, in einem neuen funktionalen Raum aus einer Hand zu planen und zu entscheiden. Dass dies aber – vorab dort, wo funktionierende Gemeindestrukturen vorhanden sind – sehr schwierig ist, zeigen die in jüngerer Zeit gescheiterten Fusionen zwischen Solothurn und Zuchwil (28. Februar 2016, nachdem bereits vorher drei weitere Gemeinden eine Fusion mit Solothurn abgelehnt hatten) sowie im Kanton St.Gallen zwischen Schmerikon und Uznach (20. September 2015) und zwischen Andwil und Gossau (28. Februar 2016). Der Stadtrat hat sich dazu bei der Frage der Erheblicherklärung des vorliegenden Postulates wie folgt geäußert:

„Nach Auffassung des Stadtrats braucht es mittel- bis langfristig eine abgestimmte Planung und die Aufgabenerfüllung in grösseren Strukturen. Dabei gilt auch die Erkenntnis aus Forschung und Lehre, dass möglichst viele Dienstleistungen aus einer Hand geplant und umgesetzt werden sollen, als Leitsatz für künftige Änderungen von Organisationen und Strukturen. Ziel muss es auch sein, eine verbesserte räumliche



Übereinstimmung zwischen Nutzniessenden und Trägerschaft (Stichwort fiskalische Äquivalenz) zu erreichen.

Nach Meinung des Stadtrats ist deshalb eine sinnvolle, effiziente und effektive Erbringung öffentlicher Dienstleistungen mittel- bis langfristig in fusionierten Strukturen anzustreben. Zu den acht Handlungsfeldern zur Stadtentwicklung, welche sich der Stadtrat gegeben hat, gehört deshalb auch die Zielsetzung, St.Gallen als „starkes Zentrum einer vereinigten Stadtregion“ zu positionieren. Eine vereinigte Region kann neue Potenziale für Wachstum und Synergien eröffnen. Zum einen kann die Region von der Nähe zur Metropolitanregion Zürich und zum EU-Raum profitieren, zum andern entwickelt sie im Wettbewerb der Standorte ein eigenständiges Profil. Entsprechend hat es sich der Stadtrat zu einem Ziel in der laufenden Legislatur gesetzt, die politische Auseinandersetzung mit einer Neuordnung der Gemeindestrukturen fortzusetzen.

Das Umsetzen von neuen Strukturen ist aber ein langfristiger und sehr sorgfältig anzugehender Prozess. Diesen Weg will und kann der Stadtrat nicht einseitig, sondern nur gemeinsam mit den Regionsgemeinden gehen. Sowohl die Festlegung eines Perimeters wie die Ermittlung von Synergiepotenzial sind der Sache nur dann dienlich, wenn die Gemeinden einverstanden sind und es als Chance wahrnehmen, an einer solchen Prüfung mitzuwirken. Dazu gehört nebst der Zustimmung der Behörden in erster Linie die grundsätzliche Bereitschaft der Bevölkerung. Die jüngsten Beispiele gescheiterter Fusionen im Kanton St.Gallen zeigen auf, dass der Weg zu Fusionen steinig ist (...).“

Für eine Vereinigung von Gemeinden bedarf es, wie erwähnt, der Bereitschaft und Überzeugung der potenziellen Partner, namentlich der Stimmbevölkerung. Allein schon die Einleitung eines Vereinigungsverfahrens gemäss Gemeindevereinigungs-gesetz (GvG) vom 7. April 2007 (sGS 151.3) setzt eine Grundsatzabstimmung in den zu vereinigenden Gemeinden voraus. Eine solche wird gemäss Art. 2 GvG lit. a und b durchgeführt auf übereinstimmenden Beschluss der Räte der beteiligten Gemeinden (in Gemeinden mit Parlament auf Beschluss des Parlaments) oder nach Zustandekommen von gleich lautenden Initiativen in den beteiligten Gemeinden. Aus Sicht der Exekutiven der vorstehend aufgeführten benachbarten Gemeinden besteht derzeit kein Handlungsbedarf, eine Fusion mit der Stadt St.Gallen anzugehen. Vor dem Hintergrund der kürzlich gescheiterten Fusion von Andwil und Gossau dürften derartige Bestrebungen wenig aussichtsreich sein. Von daher macht es keinen Sinn, Vor- und Nachteile für die einzelnen Gemeinden aus einer Gemeindevereinigung darzustellen und Antrag zu stellen, ob und mit welchen Gemeinden ein Vereinigungsverfahren eingeleitet werden soll, zumal der Stadt St.Gallen das für die Prüfung zwingend notwendige Grundlagenmaterial aus anderen Gemeinden gar nicht zur Verfügung steht. Bei dieser Sachlage beantragt der Stadtrat, das Postulat vom Geschäftsregister des Stadtparlaments abzuschreiben. Selbstverständlich ist der Stadtrat aber bereit, Möglichkeiten einer Gemeindevereinigung zu prüfen, wenn entsprechende Begehren seitens einer Nachbargemeinde gestellt werden.

Antrag:

Es wird beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.



14 Ruckhalde ein Ort für autoarmes Wohnen

erheblich erklärt am 24. September 2013; Fälligkeit 24. September 2015

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie im Rahmen eines Sondernutzungsplanes (Überbauungs- oder Gestaltungsplan) für das Gebiet Ruckhalde eine Wohnüberbauung nach den Grundsätzen des autoarmen Wohnens realisiert werden kann.

Stellungnahme:

Im Jahr 2015 hat das Stadtplanungsamt die planerischen Rahmenbedingungen zusammengetragen sowie eine erste Vorstudie zur Arealentwicklung Ruckhalde in Auftrag gegeben und zusammen mit dem Tiefbauamt begleitet. Der Perimeter umfasste neben dem unbebauten Gebiet auch das im städtischen Richtplan vorgesehene Einzonungsareal zwischen der Bahnlinie und der Bebauung entlang der Hochwachtstrasse. Dieses Gelände befindet sich heute teilweise im Besitz der Appenzeller Bahnen oder von Privaten. Im Vordergrund der Studie standen die Prüfung der generellen Erschliessungsmöglichkeiten für alle Verkehrsträger (ÖV, LV, MIV) sowie der Umgang mit dem voraussichtlich ab Ende 2018 nicht mehr genutzten Bahntrasse. Es ist vorgesehen, zu gegebener Zeit weitere Planungsschritte bzw. ein allfälliges Varianzverfahren durchzuführen. Damit eine seriöse und erfolgversprechende Planung möglich ist, sind bisherige Abklärungen und Rahmenbedingungen in diesem Hanggebiet zu vertiefen. Dazu kommt das derzeit laufende Plangenehmigungsverfahren der Appenzeller Bahnen für die Änderungen am Tunnelportal und an den Technikräumen, das abgewartet werden muss. Inwieweit sich das Gebiet Ruckhalde für ein autoarmes Wohnen eignet, kann frühestens nach Vorliegen der weiteren Planungsergebnisse beantwortet werden.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung um zwei Jahre zu verlängern.

15 Existenziell notwendige und nachhaltige Energieversorgung der Stadt

erheblich erklärt am 24. September 2013; 24. September 2015

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen und Bericht zu erstatten:

- Wie hoch die existenziell notwendige Energiemenge auf Gemeindegebiet ist;
- unter welchen Szenarien heute die existenziell notwendige Energieversorgung nicht sichergestellt ist;

und Antrag zu stellen, ob und welche Massnahmen zu ergreifen sind.

Stellungnahme:

Mit auslösendes Element dieses Postulats waren die Überlegungen zur Notwasserversorgung, die durch die Stadtwerke in Fällen von Unterversorgung durch den Teil- oder Vollaussfall der Wasserfassung im Bodensee über längere Dauer sicherzustellen ist. Während die Bedeutung des Wassers als Lebensgrundlage seit jeher unbestritten ist, rückt die existenzielle Bedeutung der Stromversorgung erst seit der massiv zunehmenden Elektrifizierung unseres Lebens ins Bewusstsein. Spitäler, andere lebenswichtige Infrastrukturen, alle Unternehmen, die auf eine funktionierende EDV angewiesen sind, haben sich darum vorsorglich mit Notstromaggregaten ausgerüstet, um



den Folgen eines Stromausfalls zu begegnen. Diese sind teuer, müssen regelmässig getestet werden, sind aber grossmehrheitlich „stand-by“, was auch aus volkswirtschaftlicher Sicht ineffizient ist.

Hierzu ist eine wichtige Synergie mit dem Energiekonzept 2050 zu finden: Dieses baut wesentlich auf der Wärmekraftkoppelung auf, als

- wichtigem Pfeiler der Stromversorgung,*
- Massnahme für den Atomstromausstieg,*
- Komplementärenergie zum Solarstrom, der in der kalten Jahreszeit ausfällt,*
- Massnahme zur breiteren Abstützung der verschiedenen Energieträger Strom, Heizöl, Gas und Wärme (Konvergenz).*

Wärmekraftkoppelungsanlagen sind mit heute in erster Linie fossilen Energieträgern betriebene Verbrennungsmotoren, die via Generator Strom produzieren und mit der gleichzeitig entstehenden Motoren- und Abgasabwärme Gebäude heizen. Es ist an sich dieselbe Infrastruktur nötig wie für eine Notstromanlage, WKK-Anlagen haben jedoch wesentlich höhere Betriebseinsätze, müssen also nicht getestet werden und stehen somit auch weniger untätig herum.

Seit Einreichung des Postulats hat sich auf Bundesebene in dieser Sache einiges bewegt, was für die Beantwortung des Postulats relevant ist. Aus diesem Grund verzögert sich auch die Beantwortung. Einerseits stellt die Energiestrategie 2050 des Bundesrates die Stromversorgungssicherheit auf oberste Stufe, sieht aber die Lösung primär über die Stromverbrauchssenkung und über das Stromabkommen mit der EU. Andererseits hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) in seinem im Frühjahr 2015 veröffentlichten Bericht ein Katastrophenszenario definiert, das erst kürzlich Brisanz erhalten hat wegen der beiden abgeschalteten AKW Beznau und den unüblich leeren Staueeen, die im letzten Sommer nie richtig gefüllt werden konnten: Eine mehrwöchige Strommangellage mit einer Unterversorgung von minus 30 % würde der Schweiz einen volkswirtschaftlichen Schaden von mehreren hundert Milliarden Franken verursachen. Der BABS-Bericht ortet den Zeitpunkt, bei welchem das Risiko am grössten ist, ebenfalls im Winterhalbjahr, ein Zeitraum, in welchem möglicherweise auch unsere Nachbarn keinen Überschussstrom verfügbar haben.

Dies sind günstige Voraussetzungen für ideale Synergien zum Energiekonzept 2050 bzw. dessen WKK-Strategie. Diese Zusammenhänge, insbesondere das Zusammenspiel der sieben Netzebenen und damit der Vorlieferanten, aber auch die Handlungsmöglichkeiten der Stadt abzuklären (Stichwort „Smart City“), erfordert Zeit, weshalb der Postulatsbericht noch in Arbeit ist.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für das Postulat „Existenziell notwendige und nachhaltige Energieversorgung der Stadt“ um ein Jahr zu verlängern.

16 Platz schaffen für ein lebendiges St. Leonhard

erheblich erklärt am 11. Februar 2014; Fälligkeit 11. Februar 2016

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und Bericht darüber zu erstatten, ob in Zusammenhang mit dem Vorhaben „Engpassbeseitigung A1“ Varianten möglich sind, welche auch folgenden Anliegen Rechnung tragen:



1. MiV, öV und LV im Raum Kreuzbleiche/St.Leonhard sollen entkoppelt werden mittels Verlagerung der gleisquerenden MiV-Hauptströme unter den Boden.
2. Der Betrachtungsperimeter darf nicht ausschliesslich autobahnfokussiert sein: Räumliche oder zeitliche Verlagerung von heutigen Engpässen ist zu vermeiden. Zentral dafür dürften die verkehrlich und städtebaulich optimale Anordnung der Ein- und Ausfahrten der unterirdische(n) MiV-Drehscheibe(n) sein sowie die flankierenden Begleitmassnahmen auf dem nachgeordneten Netz.
3. Frei gespielte Oberflächen sollen neu gestaltet werden: Einerseits für den öV und LV (entsprechend dem Auftrag im Verkehrsreglement) und andererseits zur Schaffung möglichst hoher Aufenthalts- und Lebensqualität in den angrenzenden Quartieren. Das Entwicklungspotential der Räume um Lagerhäuser und Lokremise/Rosenbergstrasse einerseits sowie Kreuzbleiche und Güterbahnhof andererseits soll optimal profitieren vom Wegfallen der Trennwirkung oberirdischer MiV-Ströme.
4. Proaktive Suche nach weitest möglicher Kosteneffizienz und Synergienutzung zwischen der laufenden Bundesplanung und den städtischen Entwicklungsvorstellungen, wie sie beispielsweise im Mobilitätskonzept erarbeitet werden."

Stellungnahme:

Parallel zu den Planungen zur Engpassbeseitigung A1 (3. Röhre und Teilspange) wurde die im Postulat angeregte Gesamtplanung im Raum St.Leonhard / Rosenbergstrasse gestartet. Eine Studie, die das Potenzial zu dessen Aufwertung und Neugestaltung auslotet, wird in enger Zusammenarbeit zwischen verwaltungsinternen Fachstellen und einem auswärtigen Planungsteam verfasst. Sie soll bis im Sommer 2016 fertiggestellt sein und beinhaltet ein grundsätzliches Variantenstudium. Im Vordergrund werden vier Varianten stehen. Diese spannen den Bogen zwischen einem Modell, das sich an der Optimierung des motorisierten Individualverkehrs orientiert, und einem Entwurf, der sich auf die Stärkung der städtebaulichen Qualitäten sowie die Bedürfnisse des Langsamverkehrs ausrichtet. Im nächsten Schritt überprüfen die städtischen Verkehrsfachleute Aussagen und Prognosen der Studie anhand von Verkehrssimulationsmodellen. Anschliessend liegen die Grundlagen bereit, auf deren Basis das weitere Vorgehen geklärt werden kann. So sind zu gegebener Zeit je nach Ergebnissen das ASTRA (Bundesamt für Strassenverkehr) als Hauptgrundeigentümerin und das Quartier sowie weitere Interessensvertreter im Studienperimeter einzubeziehen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um zwei Jahre zu verlängern.

17 Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan

erheblich erklärt am 11. März 2014; Fälligkeit 11. März 2016

Der Stadtrat wird beauftragt, die Einführung eines integrierten Aufgaben- und Finanzplans zu prüfen und entsprechend Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

Die Einführung eines integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) ist derzeit durch die rechtlichen Abklärungen im Bereich des Beschaffungswesens (Klage Abacus AG) blockiert: Die Einführung eines IAFP ohne den Ersatz der alten Finanzlösung durch ein



modernes System ist nicht sinnvoll. Ebenfalls zu beachten gilt es, dass sich die Einführung der neuen Rechnungslegungsvorschriften (HRM2/RMSG) verzögert. Die Gesetzgebungsarbeiten auf kantonaler Ebene haben eine Verzögerung gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen Fahrplan erfahren.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Beantwortung des Postulats um zwei Jahre zu verlängern.

18 Evaluation der Wirksamkeit der Videoüberwachung im öffentlichen Raum

erheblich erklärt am 6. Mai 2014; Fälligkeit 6. Mai 2016

Wir bitten den Stadtrat deshalb - gegebenenfalls unter Einbezug externer Expertinnen - einen Bericht über die Wirksamkeit der seit 2008 in Betrieb stehenden Videoüberwachung im öffentlichen Raum zu erstatten und damit eine Evaluation vorzunehmen, welche unter anderem auf nachfolgende Fragestellungen eingeht:

1. ob die Videoüberwachung an den neuralgischen Orten zur erhofften Abschreckungswirkung, einer Verminderung der Kriminalität und einer Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls geführt hat.
2. ob in Bezug auf die polizeilich registrierten Vorfälle eine Verlagerung an andere Orte, eine Verdrängung sozialer Kontrolle oder ein positiver Effekt auf benachbarte Gebiete festgestellt werden kann.
3. ob dabei auch das erfolgsentscheidende Zusammenspiel zwischen Kamera, Monitoring und Polizeieinsatz einwandfrei funktioniert hat oder ob und wie dieses allenfalls verbessert werden kann.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament 2016 vorgelegt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist um ein Jahr zu verlängern.

19 Für eine vernünftige Cannabispolitik – Abgabe in St.Gallen?

erheblich erklärt am 18. November 2014; Fälligkeit 18. November 2016

Die Unterzeichnenden bitten den Stadtrat, Bericht zu erstatten und eventuell Antrag zu stellen, wie und ob sich die Stadt St.Gallen an einem wissenschaftlichen begleiteten Pilotprojekt zur straffreien Abgabe von Cannabis, wie er in den genannten Städten geplant ist, beteiligen könnte.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament 2016 fristgerecht vorgelegt.

Antrag:

-



20 Neustart Bahnhof Nord

erheblich erklärt am 28. April 2015; Fälligkeit 28. April 2017

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, auf welche Weise im ganzen Gebiet „Bahnhof Nord“ eine Gesamtplanung unter Berücksichtigung der massgebenden öffentlichen Interessen durchgeführt und umgesetzt werden kann. Ziel muss sein, unter Einbezug aller Betroffener ein vielfältig genutztes und attraktives Zentrumsquartier zu entwickeln, insbesondere mit städtebaulich und gestalterisch vorzüglichen Bauten sowie aufgewerteten öffentlichen Räumen und Freiräumen.

Stellungnahme:

Das Stadtparlament hat dem Verpflichtungskredit für die Entwicklung und Aufwertung des Gebiets Bahnhof Nord am 22. September 2015 zugestimmt. Um die nutzungsmässigen und städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten zielführend auszuloten wird ein mehrstufiges dialogisches Testplanungsverfahren durchgeführt. Vier Planungsteams aus den Bereichen Städtebau, Architektur und Landschaftsarchitektur erarbeiten Lösungsvorschläge. Folgende Ziele werden dabei verfolgt:

- a) Ausloten der nutzungsmässigen und städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten zur Stärkung der Zentrumsfunktion in der Innenstadt.*
- b) Präzisierung der städtebaulichen und verkehrlichen Rahmenbedingungen mit Nutzungshinweisen für die Entwicklung des stadteigenen Areales Lagerstrasse sowie der weiteren Areale.*
- c) Aufwertung des öffentlichen Raums innerhalb des gesamten Betrachtungsperimeters.*
- d) Partizipatives Vorgehen unter Einbezug betroffener und interessierter Kreise.*

Aus dem Resultat der Testplanung bildet sich die Grundlage für die bauliche Entwicklung und Aufwertung des öffentlichen Raumes im Gebiet Bahnhof Nord. Die Ergebnisse des Verfahrens werden Ende 2016 vorliegen. Das dialogische Testplanungsverfahren ersetzt die formellen Entscheidungsverfahren nicht, vielmehr soll gemeinsam eine Entscheidungsgrundlage geschaffen werden.

Antrag:

Es wird beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

21 Sozialhilfe in der Stadt St.Gallen – ein breiter Fächer wichtiger Fragen

erheblich erklärt am 28. April 2015; Fälligkeit 28. April 2017

Das Stadtparlament bedarf geeigneter Diskussions- und Entscheidungsgrundlagen, welche unter anderem auch Antworten auf die aufgezeigten Fragen im Postulatstext geben sollen. Deshalb wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament einen Bericht zur Sozialhilfe zu unterbreiten und gegebenenfalls Anträge zu stellen

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht Nr. 3961 vom 09.02.2016 wurde den Mitgliedern des Stadtparlaments vorgelegt.

Antrag:

-



22 Überprüfung der Gebührentarife sämtlicher städtischen Betreuungsangebote, sowohl im Vorschul- als auch im Schulalter

erheblich erklärt am 19. Mai 2015; Fälligkeit 19. Mai 2017

Ich bitte den Stadtrat Bericht zu erstatten, wie er die Tarife der gesamten Kinderbetreuung anpassen will, dass Ganztagesbetreuungskosten für Kinder aller Altersklassen etwa in gleicher Höhe anfallen.

Insbesondere bitte ich den Stadtrat zu prüfen, wie die Tarife der FSA+ so ausgestaltet werden können, dass der weitere Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote kostenneutral gegenüber den heutigen Ausgaben verwirklichen lässt.

Zudem soll überprüft werden, welche Massnahmen getroffen werden können, um den privaten Anbietern von nicht subventionierten Krippenplätzen die Weiterführung ihrer Betreuungsangebote zu ermöglichen.

Stellungnahme:

Das Postulat ist in Bearbeitung.

Antrag:

-

23 Energetische Sanierungsstrategie für städtische Liegenschaften

erheblich erklärt am 19. Mai 2015; Fälligkeit 19. Mai 2017

Der Stadtrat sei daher ersucht, Bericht zu erstatten über eine systematische, nicht nur ökologisch, sondern auch zu verantwortende energetische Sanierung der städtischen Liegenschaften (evtl. im Rahmen einer definierten „energetischen Sanierungsstrategie“ laut Energiekonzept³ 2050 und evtl. mittels eines entsprechenden Rahmenkredits) und gegeben falls Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

Die Stadt verfügt über eine grosse Zahl von Liegenschaften im Finanz- und Verwaltungsvermögen, die sie alle nach zeitgemässen, energiepolitischen und weiteren städtischen Zielen entsprechenden Grundsätzen betreibt, unterhält und erneuert. In der bisherigen Praxis wurde stets darauf geachtet, dass die unterschiedlichsten Anforderungen an die städtischen Liegenschaften ausgewogen berücksichtigt werden.

Eine dieser Grundlagen ist das Energiekonzept 2050, welches die Stadt für ihre Gebäude umsetzen wird. Hochbau- und Liegenschaftensamt werden zusammen mit dem Amt für Umwelt und Energie eine Standardstrategie erstellen, die Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt gleichermassen berücksichtigt.

Antrag:

-



24 Erdgaschance nicht verpassen!

erheblich erklärt am 19. Mai 2015; Fälligkeit 19. Mai 2017

1. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament ausführlich Bericht zu erstatten, mit welchen Chancen/Erträgen und Risiken/Kosten im Best- und Worst-Case zu rechnen ist, wenn a.) ein oder mehrere Investoren gefunden werden, welche bereit sind, sich an einem mehrmonatigen Fördertest sowie den von der Stadt bereits getätigten Vorleistungen finanziell zu beteiligen und b.) wenn diese Abklärungskosten zur Gasförderung im Sittertobel alleine durch die Stadt getragen werden Er soll allenfalls Antrag stellen.
2. In der Schweiz sind die Kantone für die Suche und Nutzung von Bodenschätzen zuständig und schaffen hierfür die rechtlichen Rahmenbedingungen (Gesetz über den Bergbau des Kantons St.Gallens vom 7.4.1919 (Stand 23.1.2007) [sGS 852.1]):
Ist der Stadtrat Angesichts des knappen Zeithorizonts ebenfalls der Ansicht, dass er bereits jetzt Gespräche mit dem Kanton St.Gallen führen sollte, um abzuklären wie dieser zu einer allfälligen Erdgasförderung steht und ob allenfalls auch der Kanton tätig werden muss?
3. Welche weiteren Massnahmen (Gespräche, Bewilligungen, Absprachen mit anderen Kantonen, Ländern etc.) sind notwendig, wenn das Stadtparlament St.Gallen beschliessen würde, dass a.) die Abklärungsarbeiten in Angriff genommen werden sollen und b.) wenn das Gas tatsächlich gefördert werden sollte.
4. Wie werden von den Experten die Chancen eingeschätzt, dass nach der Förderung von Erdgas Wasser in die Gesteinsmasse nachfliesst und anschliessend die doch noch genutzt werden kann?
5. Verschiedentlich heisst es, dass das Borloch lediglich maximal 5 Jahre konserviert werden kann, doch liess sich Herr Huwiler im Tagblatt vom 19.2.2015 wie folgt zitieren: " [...] das 4450 Meter tiefe Bohrloch im Sittertobel kann über Jahrzehnte im jetzigen provisorisch konservierten Zustand belassen und verschlossen bleiben [...]". Aus diesem Grund hätten wir gerne Klarheit und möchten gerne wissen, wie lange das Bohrloch maximal konserviert werden kann?

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.

Antrag:

-

25 Baukommission der Stadt St.Gallen Planung und Ausbau der FSA+ Angebote

erheblich erklärt am 24. November 2015; Fälligkeit 24. November 2017

Damit sich das Parlament eine Gesamtschau über diesen Ausbau verschaffen kann, wird der Stadtrat ersucht in einem Postulatsbericht die Pläne öffentlich zu machen und gegebenenfalls dem Parlament Anträge zu stellen. Dabei sind insbesondere die nachfolgenden Fragen von grossem Interesse:

- Wann wird in welchem Schulhaus ein FSA+ Angebot realisiert? Mit welchen Besuchszahlen ist bei einem Vollausbau pro Schulhaus zu rechnen? Wie wird der Ausbau etappiert? Wie kann auf neue Begebenheiten und Kinderzahlen reagiert werden?
- Wo sieht der Stadtrat Möglichkeiten das FSA+ für mehrere Schulhäuser an einem



Standort zusammenzufassen? Was bedeutet es aus betrieblicher und finanzieller Sicht, wenn für jedes Schulhaus ein eigenes Angebot realisiert wird?

- An welchen Standorten genügt der zur Verfügung stehende Raum? Wo sind Neubauten geplant? Wo werden Lösungen in bestehenden Räumlichkeiten gesucht (andere städtische Liegenschaften, Miete bei Dritten etc.)?
- In welchen Schulhäusern sind aus schulischer Sicht Ausbauten nötig? Wo lassen sich diese Ausbauten mit dem Ausbau der FSA+ Angebote kombinieren?
- Mit welchen Kosten rechnet der Stadtrat für einen Vollausbau der FSA+ Angebote? Mit welchen Kosten für die Erweiterung bzw. Sanierung der Schulhäuser? Wie sieht die Investitionsplanung aus? Mit welchen betrieblichen Kosten rechnet der Stadtrat für die einzelnen FSA+ Angebote?

Stellungnahme:

Das Postulat ist in Bearbeitung.

Antrag:

-

26 Transparenz der finanziellen Auswirkungen bei Vorlagen

erheblich erklärt am 24. November 2015; Fälligkeit 24. November 2017

Wir ersuchen den Stadtrat, Massnahmen aufzuzeigen, wie bei jeder Parlamentsvorlage die finanziellen Auswirkungen dargelegt werden können, sodass sich das Parlament darüber ein Bild machen kann, wenn es seine Entscheide fällt. Insbesondere soll in Abhängigkeit der einschlägigen Vorgaben (z.B. Abschreibungstabellen) der jährliche Abschreibungsbedarf sowie die jährlich wiederkehrenden Kosten über die nächsten 20 Jahre tabellarisch präsentiert werden.

Stellungnahme:

Das Postulat ist in Bearbeitung.

Antrag:

-

27 Pfalz der Politik!

erheblich erklärt am 12. Januar 2016; Fälligkeit 12. Januar 2018

Das Präsidium des Stadtparlaments wird eingeladen, die Frage der Verlegung des Stadtparlaments in den Kantonsratssaal in zeitlicher, finanzieller und historischer Hinsicht zu prüfen, Bericht zu erstatten und dem Parlament allenfalls Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht soll noch vor den Sommerferien 2016 vorliegen, damit eine allfällige Verlegung des Stadtparlaments in den Kantonsratssaal auf den Beginn der neuen Legislatur am 1. Januar 2017 (nach Erledigung der nötigen Vorbereitungsarbeiten zwischen Parlamentsentscheid und erster Sitzung im Kantonsratssaal) vollzogen werden kann.

Antrag:

-



28 Waaghaus und Taubenloch fürs Volk!

erheblich erklärt am 12. Januar 2016; Fälligkeit 12. Januar 2018

Wir laden den Stadtrat ein, zu prüfen, welche Möglichkeiten in baulicher, finanzieller und zeitlicher Hinsicht bestehen

1. das Erdgeschoss des Waaghauses im Sinne eines ständigen Marktes zu nutzen,
2. den Rest des Waaghauses einer nach Möglichkeit privat organisierten gastronomischen, kulturellen oder sonstigen Nutzung zuzuführen und
3. das Taubenloch im Rahmen anstehenden Umgestaltung / Sanierung des Marktplatzes baulich so zu verändern, dass es neu insbesondere für Veranstaltungen genutzt werden könnte, welche bislang im Waaghaus stattfanden.

Stellungnahme:

Die Stimmberechtigten haben am 8. März 2015 zum zweiten Mal einen Kredit für die Neugestaltung Marktplatz abgelehnt. Das Postulat verlangt zu prüfen, in welcher Art und Weise Waaghaus und Taubenloch in eine Neugestaltung des Marktplatzes einbezogen werden können. Diese Fragestellungen sollen zusammen mit der Neugestaltung des Marktplatzes bearbeitet werden. Eine Berichterstattung zum Postulat wird im Rahmen der neuen Vorlage zur Neugestaltung des Marktplatzes und Bohl erfolgen.

Antrag:

-

29 Betreuungsgutscheine für Krippenplätze und Tagesfamilien

erheblich erklärt am 12. Januar 2016; Fälligkeit 12. Januar 2018

Der Stadtrat wird gebeten, einen Systemwechsel von subventionierten Krippenplätzen zu Betreuungsgutscheinen für ausserfamiliäre Betreuungsangebote (Kinderkrippen, Tagesfamilien etc.) zu prüfen und allenfalls Antrag zu stellen zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Betreuungsgutscheine in der Stadt St. Gallen.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

Antrag:

-

Der Stadtpräsident:

Scheitlin

Der Stadtschreiber:

Linke

